

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 42

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

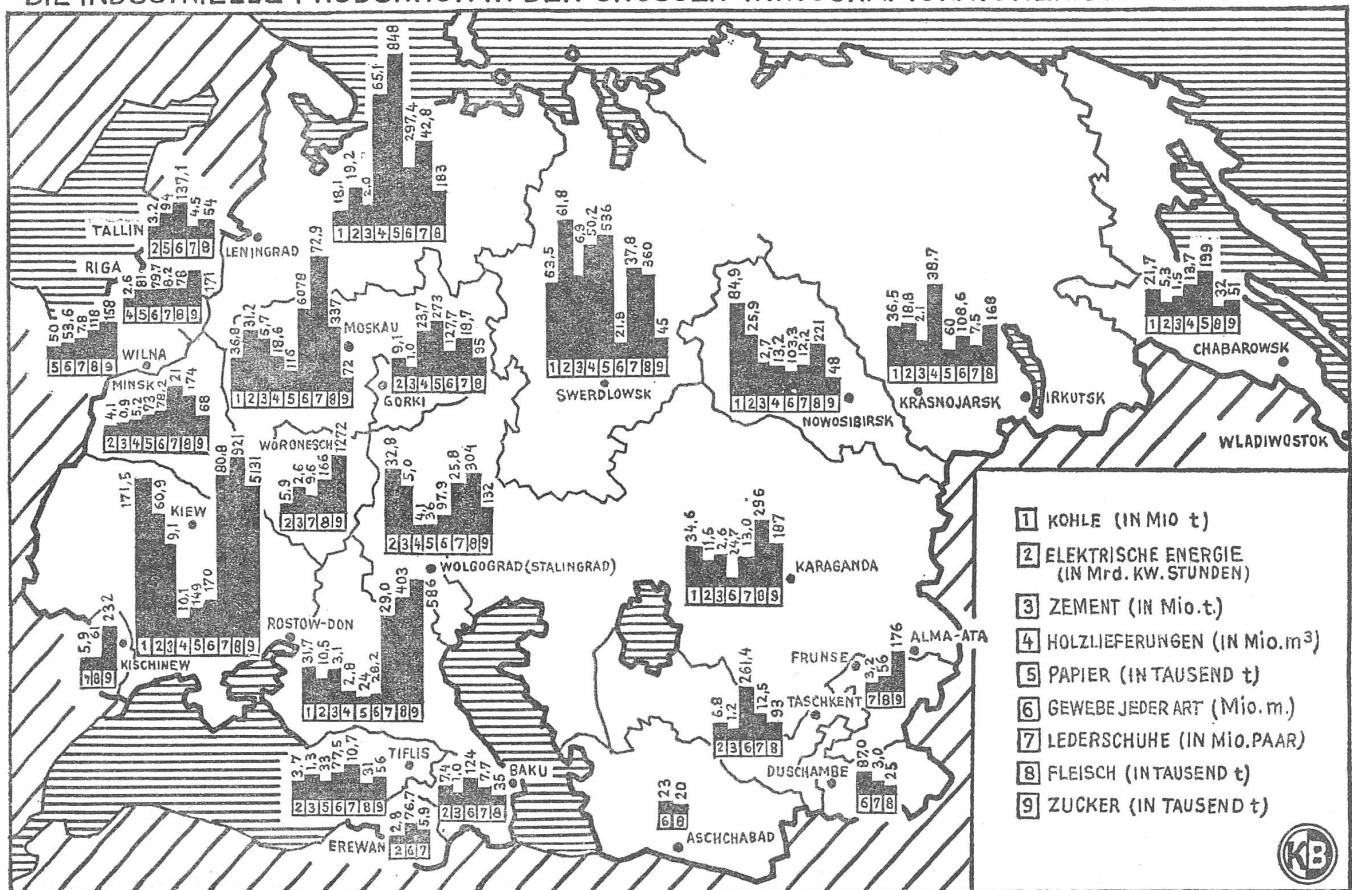
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE INDUSTRIELLE PRODUKTION IN DEN GROSSEN WIRTSCHAFTSRAYONEN DER UdSSR



Eine aktuelle Darstellung der sowjetischen Industrieproduktion nach Branchen und Verteilung. Der wichtigste Teil ist in den europäischen Republiken angesiedelt, insbesondere in der «Russischen Sozialistischen Föderation Sowjetrepublik (RSFSR), die drei Viertel des Unionsgebietes umfasst.

Überdies enthält sie auch das Gros der Industrieproduktion (etwa zwei Drittel). Diese konzentriert sich noch immer auf den europäischen Teil der RSFSR, obwohl sich Chruschtschews Politik um eine technische Erschließung Sibiriens ausserordentlich bemüht, nicht zuletzt in Hinsicht auf den chinesischen Bevölkerungsdruck, der sich auch in Gebietsansprüchen äussert.

Die Unterteilung der RSFSR in 24 Wirtschaftsrayone mit je einem Volkswirtschaftsrat (Sownarchos) an der Spitze ist noch neuen Datums (Verordnung vom 24. Dezember 1962) und ist eine der zahlreichen administrativen Folgen der sowjetischen Wirtschaftsreformen vom letzten Herbst. Zuvor hatte eine Unterteilung in 67 Einheiten bestanden, was für die neue Zentralisierungstendenz zuviel war.

Die Unterhaltung der Wirtschaftsrayone gilt nur für die Industrie der Republik, während die Landwirtschaft wieder gesondert gegliedert ist. Daneben gibt es noch Industrien, die entweder den Gebiets- oder Lokalsowjets unterstellt sind (vor allem Kleinindustrie) oder direkt von der Zentrale für die ganze Sowjetunion abhängen (Schwerindustrie, vor allem Rüstungsindustrie).

Im Unterschied zur Landwirtschaft hat die sowjetische Industrie sich auch dieses Jahr ziemlich normal entwickelt, wenn auch das Wachstumtempo von Jahr zu Jahr etwas abnimmt. (8,5 Prozent in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber 10 Prozent in

der gleichen Zeit letzten Jahres.) Das Hauptgewicht (Produktionszunahme von 17 Prozent) liegt auf der chemischen Industrie, die auch weiterhin und sogar noch verstärkt Vorrang haben soll. Dies namentlich in Hinsicht auf den Kunstdünger, der nach Chruschtschews Angaben der nächste Punkt auf dem Programm sein muss, um den Rückstand der Landwirtschaft auf die «kapitalistischen» Staaten und insbesondere die USA einzuholen.

Wissenschaft

Sowjetunion

Reorganisation der Forschung

Seit Jahren wird in der Sowjetunion in der Fach- und Tagespresse die Diskussion über die Organisation bzw. Koordination der wissenschaftlichen Forschung geführt. Bisher wurde die Forschung von Institutionen auf dreierlei Art geführt: Akademie der Wissenschaften mit ihren eigenen Instituten, Hochschulen und Forschungsinstitute der Wirtschaftszweige bzw. der Ministerien. Bei diesem System wurden am meisten die Doppelspurigkeit, der Mangel an Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instituten der Ministerien und die zu theoretische, nicht angewandte Forschung der Hochschulen bemängelt.

Einem Artikel des Stellvertreters des Hochschulministers der UdSSR, M. Prokofjew, in der «Prawda» ist zu entnehmen, dass nun eine bessere Koordinierung der Forschung und eine neue Verteilung der Aufgaben zwischen einzelnen Institutionen vorgenommen

wurde. Die Akademie der Wissenschaften befasst sich jetzt hauptsächlich mit der Forschung auf den Gebieten der Naturwissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften. Die Staatskomitees für einzelne Wirtschaftszweige bzw. ihre Institute sind für den technischen Fortschritt und die entsprechende Forschung auf ihren engen Gebieten verantwortlich. Die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen wird in ihrem theoretischen Teil der Akademie der Wissenschaften und in ihrem angewandten Teil den Staatskomitees der Wirtschaftszweige unterstellt.

Ohne Zweifel wird die neue Organisation die Doppelspurigkeit stark reduzieren und einen wirtschaftlichen Effekt haben, mit ihr werden aber die letzten Reste der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung verschwinden. Der Plan und der Auftrag werden jetzt die wissenschaftliche Forschung beherrschen.

Religion

Eine Sowjetbürgerin streitet für Gott

Die Sowjetbürgerin Frau Steier hat sich mit vollem Namen an eine Zeitschrift gewandt, um gegen die atheistische Propagandardarstellung zu protestieren und ihren Glauben an Gott zu bekennen. Die mutige Stellungnahme ist um so höher zu werten, als sie in eine Zeit verschärften Kampfes gegen die Religion fällt, in der jeden Monat etliche Kirchen geschlossen (200 allein in den ehemals polnischen Gebieten) und zahlreiche Gläubige (insbesondere Angehörige von Sekten) vor Gericht gestellt werden.

Frau Steiers Leserbrief wurde von der deutschsprachigen Moskauer Wochenschrift «Neues Leben», an die er gerichtet war, allerdings nicht vollständig veröffentlicht. Der Autor der Artikelserie «Für den kämpfenden Atheisten», P. Klassen, nahm lediglich in seiner Antwort darauf Bezug. Das Schreiben hatte sich insbesondere gegen den Spott gewandt, mit dem in einer früheren Nummer der Begriff der Sünde überzogen wurde. Nach christlicher Darstellung habe, so war zu lesen gewesen, Gott selber die Sünde erfunden, um mit dem Menschen Katze und Maus zu spielen. Demgegenüber verwies die Einsenderin, wie sich aus einigen zitierten Stellen ergibt, auf die Vollkommenheit Gottes und auf die ewige Gerechtigkeit im Gegensatz zur Ungerechtigkeit dieser Welt. In seiner Antwort verzichtet P. Klassen auffälligerweise auf den Zynismus seiner vorausgegangenen Beiträge und erweist dem schlichten Glauben seiner Gesprächspartnerin wenigstens nach aussen hin Achtung. Seine Ausführungen über das Unrecht im täglichen Leben gehen allerdings nicht weiter als bis zur naiven Feststellung, dass Regierung und Öffentlichkeit die «Bürokraten, Diebe, Betrüger, Bestechlichen» aus den Ämtern entferne und die «wiedererschaffene Volkskontrolle» in der gleichen Richtung arbeite.

Mit ähnlich einfältiger «Beweisführung» wird Frau Steier vermutlich gegenwärtig von parteiamtlichen Agitatoren bearbeitet, die man auf den Brief hin aufgeboten haben dürfte. Aber der Vorfall zeigt, dass offener Bekennermut in der Sowjetunion nicht ausgestorben ist und selbst hemmungslosesten Propagandisten einen gewissen Respekt abnötigt.

Soziales

Ungarn

Mihaly Selbstmord

Ein Vorfall aus Ungarn, der Freitod eines Arbeiters aus Protest gegen die Willkürherrschaft eines Funktionärs, zeigt, was es unter dem «liberalisierten» System Kaders noch immer geben kann. Es trifft zu, dass die Partei — durch ihr Hauptorgan «Nepszabadsag» — selbst über den Fall berichtete. Aber verhin-dert hat sie ihn nicht.

Das ist die Geschichte aus dem heutigen Ungarn, die unter dem Titel «Ein redlicher Mann muss hier umkommen» veröffentlicht wurde (im Auszug):

Mihaly Parazso, ein 44-jähriger Arbeiter, Angestellter in einem Altersheim, hat Selbstmord begangen. Er wurde vom Leiter des Altersheims, Endre Nagy, in den Tod gejagt. Darüber weiss jedermann in der Gemeinde Barand Bescheid.

Das Bezirksheim beherbergt 50 alte Bauern, die auf staatliche Versorgung angewiesen sind. Direktor Endre Nagy hat hier sein eigenes Reich gegründet. Die Insassen behandelte er wie Hunde. Er liess sie hart arbeiten, auch Frauen von 80, auch Männer von 90 Jahren. Wenn sich jemand beschwerte, pflegte seine Antwort ungefähr so zu lauten:

«Was glauben die eigentlich, wozu ich sie hergebracht habe? Wollen die den ganzen Tag nur herumsitzen? Wer nicht arbeiten will, den schmeisse ich hinaus. Warum hängt sich so ein alter Idiot nicht gleich auf?» Im Dorf wurde gemurrt, aber der Angestellte Mihaly Parazso konnte dem allem nicht tatenlos zusehen. Er suchte Beschwerden zu veröffentlichen, traf aber nur auf taube Ohren. Endre Nagy hatte gute Beziehungen zu den höheren Behörden.

Eines Abends lief der Krug über. Eine junge Pflegerin lief weinend zu ihm und erzählte, der Direktor wolle sie gefügig machen oder entlassen. Da liess Parazso von dem Fall ein Protokoll aufnehmen. Am nächsten Tag stellte ihn der Direktor: «So? Du bist also gegen mich. Stell dich besser um, sonst könntest du das noch bereuen.»

Nach langem Streit ging Parazso heim und berichtete seiner Frau: «Er hat mir mit Verhaftung und Einkerkung gedroht. Meine Unschuld nütze mir nichts. Du wirst sehen, er hat recht.»

Am Morgen fand man Parazso tot. In seiner Tasche war ein Abschiedsbrief: «Ich weiss, dass der Direktor mich als Anstifter eines Aufruhrs hinstellt... Dieser Mann ist voll von Lügen, aber ich sterbe lieber, als dass ich mich verkaufen liesse... Ein redlicher Mann muss hier umkommen. Meine Nerven halten es nicht mehr aus, und ich habe kein Vertrauen in den Sieg der Wahrheit...»

Wie gesagt, die höchste Parteipresse selbst griff den Fall auf, was anzuerkennen ist. Aber sie dementiert damit auch selbst die so weit verbreitete Ansicht, wonach heute in Ungarn niemand mehr Angst zu haben brauche. Der Arbeiter Mihaly Parazso jedenfalls hat Angst gehabt. Er wusste, dass ein Funktionär die Macht hatte, ihn unschuldig einsperren zu lassen. Seinen Kollegen und den Dorfeinwohnern scheint es nicht anders gegangen zu sein. Sie kennen das Leben in Ungarn nicht aus der Photoperspektive des Touristen in Budapest, sondern aus dem Alltag. Auch dieser ist (übrigens ohne zeitliche Garantie) besser geworden, aber gut ist er deswegen noch nicht.

Justiz

SBZ

Lärm um Klosettsitze

Mit drei Mitgliedern einer «Handwerker-Produktionsgenossenschaft», die wegen «Diebstahls von Volkseigentum» angeklagt waren, hatte sich das Kreisgericht Dresden-Land zu beschäftigen. Die drei PGH-Mitglieder hatten bei Ausführungen von Reparaturarbeiten in einem «volkseigenen» Betrieb in Ottendorf erstmalig Klosettsitze aus Plast entdeckt, die dort hergestellt werden. Ihre Frage, «ob solches auch für Bürger der DDR käuflich ist», wurde mit dem Hinweis «nur für Export» beantwortet. Weil sie diesen Artikel, auf den ihre Kunden in grosser Zahl warteten, nicht kaufen konnten, hatten die drei Handwerker kurzentschlossen fünf Plast-Klosettsitze mitgenommen.

Die PGH hatte versucht, den «Diebstahl von Volkseigentum» betriebsintern durch eine «Schiedskommission» zu regeln, die eigens zu diesem Zweck gebildet wurde. «Schiedskommissionen» sind nach dem «Rechtspflegeerlass» des Sowjetzonen-Staatsrates erst probeweise in drei Kreisen der Sowjetzone gebildet worden, «um Erfahrungen zu sammeln». Der «Uebereifer» der Dresdener PGH, die ihre drei Mitglieder vor einer strafrechtlichen Verfolgung durch das Gericht absichern wollte, weil sie im Diebstahl von fünf Plast-Klosettsitzen nicht unbedingt eine Gefährdung der sozialistischen Volkswirtschaft sah, wurde vom Kreisgericht Dresden-Land scharf kritisiert. Da die Angeklagten die Klosettsitze inzwischen zurückgegeben hatten «und auch sonst», wie das Gericht feststellte, «durchaus positiv zum sozialistischen Aufbau stehen», beschränkte sich das Urteil auf einen «öffentlichen Tadel».



Lebenslauf der Woche

MARIAN SPYCHALSKI

Der polnische Verteidigungsminister ist zum «Marschall Polens» ernannt worden. Dieser militärische Titel wird damit vom Warschauer Regime erstmals verliehen. Der ehemalige Gefängnisgefangene von Parteichef Gomulka soll anscheinend erhöhtes Gewicht innerhalb der Organisation des Warschauer Paktes erhalten, dessen stellvertretender Oberkommandierender er ist.

Geboren aus Arbeiterfamilie 1906 in Lodz. Abschluss von Architekturstudien in Warschau 1931. An der Pariser Ausstellung von 1937 für einen Städtebauplan ausgezeichnet. Tritt zu Beginn der dreissiger Jahre der kommunistischen Partei bei und amtiert als KP-Funktionär in Posen. Während der deutschen Besetzung widmet er sich neben seiner Berufsarbeit dem linken Flügel der Untergrundbewegung. Im Januar 1944 wird er nach Errichtung der kommunistischen Volksarmee (in Rivalität zur Untergrundbewegung der Londoner Exilregierung) ihr Generalstabschef. In der letzten Phase des Krieges amtiert er als Stellvertreter des Oberkommandierenden (General Rola Zymierski). Im Februar 1945 erfolgt seine Beförderung zum Brigadegeneral, dann seine Ernennung zum Vizeverteidigungsminister. Im gleichen Jahr wird er Politbüromitglied der Polnischen Arbeiterpartei (PPR = Kommunisten), die 1948 zur Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) umgewandelt wurde.

In den folgenden Jahren fällt er, nicht zuletzt wegen seiner Verbindungen mit Gomulka, in Ungnade. Während der verstärkten Anti-Tito-Kampagne wird er im April 1949 auf den Posten des Ministers für Wiederaufbau abgeschoben, im November des gleichen Jahres aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.

Nach seinem Rücktritt aus sämtlichen Ämtern hört man nichts mehr von ihm, bis er im Juli 1951 als Zeuge in einem Prozess auftaucht.

Spychalski selbst wird nicht unter Anklage gestellt, bleibt aber bis 1956 im Gefängnis, wo er indirekten Folterungen unterzogen wird (stets brennendes Licht in der Zelle, keine Sitzgelegenheit während längerer Perioden, völliger Entzug jeglicher Lektüre).

Nach seiner Rehabilitation im Juli 1956 wird er im Oktober mit Gomulka wieder ins Zentralkomitee aufgenommen. Ab 1956 ist er Verteidigungsminister und zugleich Stellvertretender Oberkommandierender der Streitkräfte des Warschauer Paktes. 1957 wird er zum Armeegeneral befördert.

Unser Memo

Nachdem der sino-sowjetische Streit im September seinen Höhepunkt erreicht hatte, brachte der Oktober wieder einige Annäherungen zwischen Peking und Moskau. Ein Interview des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En-lai für Reuter gab den sichtbaren Auftakt. Der Regierungschef betonte die gemeinsamen Interessen der beiden kommunistischen Grossmächte und warnte den Westen davor, sich von den bestehenden Meinungsdivergenzen zuviel zu versprechen. Kurz darauf veröffentlichte Moskau eine Erklärung des chinesischen Generals Liu Tschang-tsiang, stellvertretender Leiter der politischen Führung der Armee, zugunsten der chinesisch-sowjetischen Freundschaft. Solche Verlautbarungen fanden ihre Entsprechung auf Verwaltungsebene. Ein sino-sowjetisches Abkommen über den Eisenbahnverkehr kam zustande, ferner ein Abkommen zwischen Ostberlin und Peking über den Austausch von Erfahrungen zum Aufbau der Maschinenindustrie.

Viel wichtiger als dies alles war aber die Tatsache, dass China nach langer Pause erstmals wieder als Beobachter an einer Sitzung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon) teilnahm, der Wirtschaftsorganisation des europäischen Ostblocks. Es handelte sich um Beratungen der RGW-Aussenhandelskommission, und der Schluss liegt nahe, dass die Frage eines Warenaustausches zwischen der UdSSR und China neu besprochen wurde.

Somit scheint es doch wieder möglich, dass ein Teil der sowjetischen Weizenkäufe im Westen seinen Weg nach China finden wird. Dieses verspricht sich noch diesen Spätsommer eine relativ günstige Ernte, eine bessere jedenfalls als letztes Jahr und eine viel bessere als in den vorangegangenen katastrophalen Jahren. Unterdessen aber haben Hochwasserschäden von grossem Ausmass (laut einigen Berichten die folgenschwerste Hochwasserkatastrophe des Jahrzehnts) in Nordchina die Aussichten für das ganze Land verdüstert, so

dass China über seine normalen Auslandseinkäufe hinaus auf zusätzliche Einfuhr angewiesen sein wird.

Die zwischen Moskau und Peking angebahnten Verständigungen auf staatlicher Ebene hindern allerdings nicht, dass der Streit in seinen sogenannten «ideologischen» Kundgebungen — und namentlich auf der Stufe von Presse und Propaganda — weiter andauert. Der Bruch ist sicher auch viel zu weit gediehen, als dass er durch ein paar Erklärungen oder ein paar Abkommen in irgendeinem ernsthaften Umfang rückgängig gemacht werden könnte. Und zudem besteht die solideste Streitsache, die umfangreichen Gebietsforderungen Chinas gegenüber der UdSSR, als sehr dauerhafte Gegebenheit weiter.

Aber dennoch zeigen diese Annäherungsversuche — und wären sie nur zeitweilig — etwas Wichtiges: die Manipulationsfähigkeit der zwei kommunistischen Grossmächte, die sich beide schon zur Selbstbehauptung dem Sieg über den Westen verschrieben haben und das bei jeder Gelegenheit nicht nur zugeben, sondern betonen.

Diese behende Bereitschaft zu plötzlichem Verhandlungswillen hat ja in den letzten Monaten auch die Politik Moskaus dem Westen gegenüber ausgezeichnet. An ihm ist es, nicht zu vergessen, dass die Sowjetunion nach eigener Aussage die Koexistenz als tauglichstes Kriegsmittel betrachtet. Oder, wie es Radio Moskau ausdrückte: «Die dem Westen aufgezwungene friedliche Koexistenz verschärft den Klassenkampf und die Uneinigkeit im westlichen Lager. Die Abrüstung wird Arbeitslosigkeit schaffen und den kommunistischen Parteien die Möglichkeit geben, durch Streiks die Arbeiter für sich zu gewinnen. Der Kampf um den Völkerfrieden ist ein Mittel zur Eroberung der westlichen Massen für den Kommunismus.» Ein Vergleich mit älteren und jüngeren Zitaten Chruschtschews (siehe KB Nr. 41, letzte Seite) zeigt, dass diese Äusserung ganz genau in die politische Generallinie der Sowjetunion passt, die offen vertreten wird und wurde.

Die verfeindeten kommunistischen Brüder geben uns gegenwärtig Unterricht in der Taktik kommunistischen Vorgehens und seiner Begleiterscheinungen mit Spannung, Entspannung und allen Zwischenstufen. Es ist zweifellos nützlich, sich die Lektionen einzuprägen.

Der Schnappschuss

«Radio Erewan» (unter dieser Markenbezeichnung figuriert in der Sowjetunion der politische Witz) beschäftigt sich in seiner «Auskunftsstunde» auch mit der Schweiz. Frage: Kann die Schweiz sozialistisch (liess: kommunistisch) werden? Antwort: Ja, so schade es wäre.

Radio Erewan wird auch angefragt, wie man Kahlheit kurieren könne. Aber: «Auf diese politische Frage verweigern wir die Auskunft.» (Eine Anspielung auf Chruschtschews kahles Haupt.)

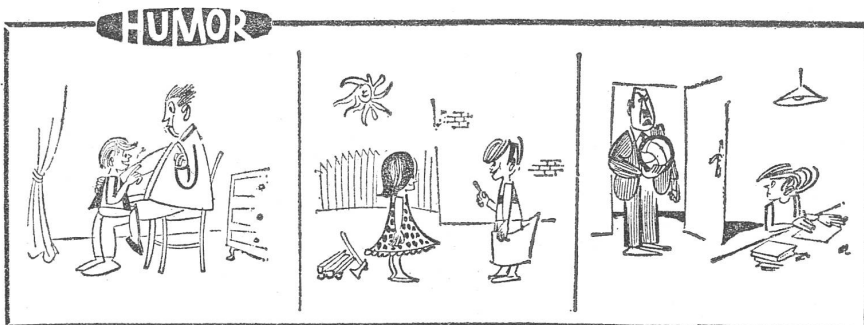
Ein sowjetischer und ein amerikanischer Ingenieur, so geht ein ungarischer Witz, vergleichen ihre Lebensverhältnisse. «Ich habe ein Haus, ein Auto und 1000 Rubel im Monat», sagt der Russe. «Ich kann nicht klagen.» — «Und ich», entgegnet der Amerikaner, «habe ebenfalls ein Haus, ein Auto und 1000 Dollar im Monat. Und dazu kann ich erst noch klagen, wenn ich will.»

Als Beispiel dafür, wie Befehle initiativ und exakt erfüllt und die guten Beziehungen der Armee zur werktätigen Bevölkerung gefestigt werden, schildert die Sowjetzonezeitung «Volksarmee» eine Begebenheit aus Heckenhaus im Kreis Templin. Weil in einem Kindergarten an der Strasse Wäsche zum Trocknen auf der Leine hing, heisst es in dem Bericht, liess der Kommandeur einer sowjetischen Panzerinheit seine Kolonne stoppen und bat die Frauen, die Wäsche abzunehmen, bis die Panzer vorüber seien. «Erst nachdem das letzte Wäschestück im Korb lag, erteilte er den Befehl zur Weiterfahrt.» Die Freude der Einwohner darüber sei so gross gewesen, meldet die «Volksarmee», dass sie ein Dankschreiben an die sowjetische Kommandantur sandten.

Sowjetzonen-Export an Laborglas nach der Schweiz gestiegen

Ihren Export an Laborglas nach der Schweiz hat die Sowjetzone in den letzten drei Jahren ständig steigern können. Von 43 416 kg im Wert von 424 000 Franken im Jahre 1960 ist der Export auf 57 310 kg (570 000 Franken) im Jahre 1961 und auf 73 724 kg im Wert von 746 000 Franken im Jahre 1962 angestiegen. Zusammen mit der CSSR liefert die Sowjetzone damit rund ein Viertel der Gesamtimporte der Schweiz an Laborglas. Die Bundesrepublik war 1962 mit rund 56 Prozent an den Schweizer Laborglasimporten beteiligt.

Drei unpolitische Kinderwitze der jugoslawischen Gewerkschaftszeitung «Rad».



Der Storch? Ach ja, und jetzt, was ist mit den Verhütungsmitteln?

Komm, wir spielen Mann und Frau. Du spaltest Holz, und ich lese die Zeitung.

Kind, denk doch auch an deine Zukunft. Lass also die Bücher und spiele Fussball.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telefon: (031) 277 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—), Einzelnummer Fr./DM —,50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOL) • Schriftenreihe.